

2x NEIN zur Privatisierung von KSW und ipw

# Eine doppelte Absage an Privatisierungen im Gesundheitswesen

**Mit dem doppelten NEIN zur Spitalprivatisierung hat die Zürcher Bevölkerung am 21. Mai dem Ausverkauf der Gesundheitsversorgung eine klare Absage erteilt.**

Das Komitee 2x NEIN zur Spitalprivatisierung nimmt das klare Nein der Stimmbevölkerung erfreut zur Kenntnis. «Die Zürcherinnen und Zürcher liessen sich von den Privatisierungs-Turbos um Regierungsrat Heiniger nicht täuschen», hält Andreas Daurü, Präsident der VPOD Sektion Zürich Kanton und SP-Kantonsrat fest. Das Kantonsspital und die Integrierte Psychiatrie Winterthur bieten als öffentliche Spitäler nicht nur eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung, sondern sie sind auch wirtschaftlich kerngesund und fit für die Zukunft. Dabei soll und wird es nach dem heutigen Entscheid bleiben.

**Privatisierungen im Gesundheitswesen sind vom Tisch**

Damit ist auch klar, dass die Ökonomisierungs- und Privatisierungsbestrebungen im Gesundheitswesen in die Mottenkiste der neoliberalen Ideologen gehören. «Die Zürcher Gesundheitspolitik muss sich wieder auf ihre Kernaufgabe fokussieren: die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und diese für alle bezahlbar zu machen», so Markus Bischoff, AL-Kantonsrat und Präsident des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zürich GBKZ.

**Keine Sparmassnahmen auf Kosten des Personals und der PatientInnen**

Das NEIN der Bevölkerung ist auch ein NEIN zu Sparmassnahmen auf Kosten des Personals und der PatientInnen. «Gute Pflege braucht genug gut ausgebildetes Personal mit attraktiven

Anstellungsbedingungen. Hier muss der Kanton nun aktiv werden», macht VPOD-Regionalsekretär Roland Brunner klar: die fünfte Ferienwoche sowie die Anpassung der seit Jahren festgefrorenen Löhne an die Entwicklung in der Privatwirtschaft sind längst überfällig.

**Bevölkerung goutiert Profitmaximierung im Gesundheitswesen nicht**

Last but not least tun auch die Privatspitäler gut daran, vom klaren Volksentscheid Kenntnis zu nehmen. «Geschäftsmodelle, die mit Rosinenpickerei oder anderen fragwürdigen Praktiken im Gesundheitswesen Profitmaximierung betreiben, haben keine Zukunft im Kanton Zürich», so Kathy Steiner, Kantonsrätin der Grünen. Kehren sie nicht selber zu vernünftigen Geschäftsmodellen zurück, wird die Bevölkerung sie zur Vernunft rufen. Auch KSW-Direktor Zehnder, der im Abstimmungskampf mit fragwürdigen Äusserungen über die demokratische Mitbestimmung aufgefallen ist, sollte diese künftig respektieren – andernfalls drängt sich die Frage auf, ob er noch die richtige Besetzung für den Job ist.

**Engagierter VPOD**

Der VPOD hat sich finanziell und personell massgeblich an der Abstimmungskampagne beteiligt. Gemeinsam mit SP und Grünen, der Alternativen Liste AL, dem Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich GBKZ und weiteren Organisationen dürfen wir diesen Erfolg feiern. Und gemeinsam bleiben wir dran, um den Volkswillen auch nachhaltig sicherzustellen und weitere Privatisierungspläne erst gar nicht aufkommen zu lassen. Danke an alle, die sich hier mit uns engagiert haben. Gemeinsam sind wir stark.

Roland Brunner

## Wahlen Stadt Zürich am 4. März 2018

**Die Erneuerungswahlen für den Gemeinderat der Stadt Zürich finden am 4. März 2018 statt. Der VPOD Zürich ruft seine Mitglieder auf zu kandidieren und mit einer gewerkschaftlichen Politik im Parlament die Interessen der Angestellten und Arbeiterinnen und Arbeiter zu vertreten.**

Die 125 Sitze im Gemeinderat werden gemäss den Bevölkerungszahlen im Proporzverfahren auf neun Wahlkreise verteilt. Jedes Ratsmitglied vertritt stadtweit rund 3000 Einwohnerinnen und Einwohner. Bei den letzten Wahlen haben 33 SGB-Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter den Einzug ins Parlament geschafft – in erster Linie auf der SP-Liste,

bei den Grünen oder der AL. Trotzdem lagen die Mehrheiten insbesondere bei sozial- oder finanzpolitischen Themen aus Seiten der rechtsbürgerlichen Mehrheit aus FDP, CVP, GLP – im Schlepptau von SVP und dem parteilosen Mario Babin. Sie haben beim Personal einen Spar- und Abbaukurs verordnet, der die städtischen Mitarbeitenden ans Limit brachte, indem Löhne eingefroren, offene Stellen nicht besetzt und Mittel zur flexiblen Alterspensionierung gestrichen wurden. Um dieser Umverteilungspolitik auf kommunaler Ebene entgegen treten zu können, ruft der VPOD Zürich seine Mitglieder zur Kandidatur für die Wahlen 2018 auf.

Duri Beer

Winterthur: Revision des Personalstatutes

## (Zu) ambitionierter Zeitplan

**Im Herbst 2016 hat der Stadtrat Winterthur eine Vorlage zur Revision des städtischen Personalrechtes (PST) in die Vernehmlassung geschickt mit dem erklärten Ziel, die Revision per 1. Januar 2018 in Kraft zu setzen. Aufgrund der komplexen Materie wurde damals die Vernehmlassungsfrist auf Gesuch verschiedener Parteien verlängert. Der VPOD, die Personalverbände und mehrere Parteien haben in ihren Vernehmlassungsantworten den ambitionierten Zeitplan des Stadtrates in Frage gestellt und auf die vielen offenen Punkte hingewiesen. Nun hat der Stadtrat nachgelegt.**

Noch immer ist der Stadtrat überzeugt davon, dass die Einführung des revidierten PST per 1. Januar 2018 möglich ist und hält damit an seinem ambitionierten Zeitplan fest. Der Stadtrat will gleichzeitig zur Verabschiedung des PST einen Entwurf für die angepasste Vollzugsverordnung (VVO) erarbeiten, sodass PST und VVO parallel bearbeitet werden können. Entsprechend hat der Stadtrat dem VPOD und den Personalverbänden inzwischen einen überarbeiteten Entwurf des PST vorgelegt und auch erste Elemente der VVO. Der VPOD hat die Gelegenheit wahrgenommen, sich noch einmal zu äussern.

Die groben Züge der Revision sind ja inzwischen bekannt; 5 Ferienwochen für alle im Tausch gegen eine dramatische Kürzung der Dienstaltersprämie und Streichung der Altersentlastungstage, Abbau des Kündigungsschutzes und eine Individualisierung des Lohnsystems. Mit seinem zweiten Entwurf hat der Stadtrat tatsächlich einige Verbesserungen und Anmerkungen des VPOD berücksichtigt. Der VPOD ist der Überzeugung, dass damit ein Schritt in die richtige Richtung gemacht wurde. Bekanntlich liegt der Teufel im Detail und es gibt einiges zu klären. Genau hier liegt das Problem mit dem Zeitplan. Bei einigen der geplanten Änderungen im PST ist absolut entscheidend, wie sie umgesetzt und vollzogen werden – und genau dies wird erst mit der VVO geklärt. Solange also die neue VVO nicht vorliegt, ist es schwierig, abschliessend über das PST zu befinden. Der VPOD erwartet, dass der Stadtrat sich die Zeit nimmt, dieses Geschäft sehr sorgfältig zu führen und Ressourcen einplant, um die VVO gründlich zu überarbeiten. Der VPOD erwartet, dass die Verbände und Parteien die Möglichkeit erhalten, sich zur VVO zu äussern.

Georg Munz



Fürsorgepflicht wahrnehmen statt delegieren

## Integrieren statt kündigen

**In den vergangenen Jahren haben einige langjährige städtische Mitarbeitende aus gesundheitlichen Gründen ihre Stelle verloren, ohne Anspruch auf eine Rente geschweige denn auf eine unbefristete Weiterbeschäftigung zu haben. Sie landen entweder in einer befristeten Weiterbeschäftigung zu meist tieferem Lohn oder auf dem RAV. Mit einer Motion wollen Katharina Prélícz-Huber (Grüne) und Gabriela Rothenthal (SP) die städtische Personalpolitik in dieser Hinsicht verbessern und den Stadtrat in die Pflicht nehmen.**

Die Motionärinnen wollen den Stadtrat beauftragen, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, «die mit einem Pilotprojekt aufzeigt, wie vermehrt Menschen mit Behinderungen aller Art bei Stellenbewerbungen berücksichtigt werden können. Dabei ist darauf zu achten, dass diese MitarbeiterInnen nur entsprechend ihrer real erbrachten Leistung den jeweiligen Stellenplänen belastet und für den Ausfall zusätzliches Personal engagiert werden kann». Sie begründen den Vorstoss mit der verlangten Eingliederung in den Arbeits-

markt. Zudem zeichne eine neue Studie des BSV (2016) bei den 26 kantonalen IV-Stellen aber ein wenig schmeichelhaftes Bild: IV-BesüzerInnen fänden fast keine Arbeit mehr. «Die grosse Mehrheit der IV-Stellen kritisiert, dass die sehr aufwändige Umsetzung in keinem Verhältnis zur Zahl der erfolgreich eingegliederten Menschen stehe. Der Hauptgrund sei die Überschätzung des Eingliederungspotenzials von vielen Menschen mit einer Behinderung und die damit verbundene, deutlich restriktivere Praxis bei der Gewährung von IV-Renten. Im Personalrecht wird in Art. 3 Abs. i der Grundsatz festgehalten, dass die Beschäftigung und Eingliederung von MitarbeiterInnen, die dauernd oder vorübergehend in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt sind, gefördert werden sollen. Es werden auch einige Anstrengungen in einzelnen Abteilungen unternommen. Die Zahl könnte aber noch deutlich erhöht werden. Mit einem Pilotprojekt könnte das Potenzial in der Stadtverwaltung und deren Umsetzung geprüft werden.

Duri Beer

### Agenda

**Dienstag, 6. Juni 2017, 17.30 Uhr**  
vpod forum gesundheit  
Konferenzraum VPOD,  
Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

**Mittwoch, 7. Juni 2017, 10.15 Uhr**  
Verbandskonferenz Energie  
Hotel Bern, Bern

**Dienstag, 13. Juni 2017**  
Verbandskonferenz Gesundheit

**Dienstag, 13. Juni 2017, 19 Uhr**  
Delegiertenversammlung VPOD  
Region Zürich

**Samstag, 17. Juni 2017, 19 Uhr**  
Landes-Delegiertenversammlung  
VPOD

**Donnerstag, 22. Juni 2017**  
Verbandskonferenz Land, Bau, Forst

**Dienstag, 27. Juni 2017, 16 Uhr**  
Sektionsvorstand VPOD Zürich,  
Stadt und Institutionen

**VPOD-Bildungsprogramm 2017**

**Dienstag, 10. Juni 2017,  
9.30 bis 13 Uhr**  
Arbeiten und Angehörige pflegen –  
wie geht das?

**Samstag, 24. Juni 2017,  
9.30 bis 17 Uhr**  
Was tun gegen rassistische Diskriminierung am Arbeitsplatz?

**Mittwoch, 28. Juni 2017,  
9 bis 17.30 Uhr**  
Dienstpläne erstellen – Aufbaukurs

Details zu allen Veranstaltungen sowie weitere Kurse und Tagungen unter:  
[www.zuerich.vpod.ch](http://www.zuerich.vpod.ch) → kalender



## Das Frauenforum des VPOD Zürich sagt öffentlich Nein!

Das Frauenforum VPOD Zürich hat sich wegen der geplanten Erhöhung des Frauenrentenalters gegen die Rentenreform 2020 ausgesprochen. Die regionale Frauenkommission hat nun Unterstützung und einen klaren Auftrag der Zürcher VPOD-Frauen erhalten, die sich am 17. Mai zur Diskussion der Rentenreform aus Frauenperspektive getroffen haben.

Trotz wunderbarem Sommerwetter folgten über 20 VPOD-Frauen aus der Region Zürich der Einladung des Frauenforums, die Rentenreform 2020 miteinander zu diskutieren. Christine Flitner, VPOD-Zentralsekretärin Gleichstellung, stellte die Vorlage vor und erläuterte die Argumente der Befürworterinnen und Gegnerinnen. Es ging dabei auch darum, den Entscheid der Landesdelegierten des VPOD nachvollziehen zu können, die an ihrer Versammlung vom 18. März mit 22 zu 19 Stimmen die Unterstützung der Rentenreform beschlossen hatten.

Ganz anders sahen dies nun die versammelten Frauen, die in ihrer Diskussion eine über-

schend klare, engagierte und geschlossene Haltung zeigten. «Das ist keine Reform, das ist ein sozialer Abbau auf Kosten der Frauen», brachte es eine Teilnehmerin auf den Punkt. Auch wenn die Reform einige Verbesserungen bringen würde, ist das Ergebnis ungenügend und muss zu einem gewichtigen Teil von den Frauen bezahlt werden: Mit der Erhöhung des Frauenrentenalters soll auf dem Rücken der Frauen jährlich 1,3 Milliarden Franken gespart werden.

Die versammelten VPOD-Frauen waren sich einig: «Diese Kröte wollen und müssen wir nicht schlucken!» Einstimmig und ohne Enthaltung gaben sie dem Frauenforum VPOD Zürich den Auftrag, öffentlich gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters und damit für ein Nein zur Rentenreform 2020 einzutreten. Die grosse Betroffenheit der Frauen durch diese Vorlage muss es der regionalen Frauenkommission erlauben, trotz knapper Zustimmung der Landesdelegierten für ihre ablehnende Position öffentlich einzutreten.

Brigitte Gügler



1.-Mai-Demo in Zürich: Gewerkschaftsfrauen wehren sich gegen eine Rentenreform auf ihre Kosten.

### Arbeitszeit am Jahresende

## Und jährlich grüsst das Murmeltier

Jedes Jahr schickt der Regierungsrat des Kantons Zürich die Planung für den Jahreswechsel (Schliessstage) zur Vernehmlassung. Und wie jedes Jahr knausert er beim Personal.

Am Jahreswechsel 2017/18 gibt es vom 23. Dezember 2017 bis zum 2. Januar 2018 drei Arbeitstage. Am Mittwoch, Donnerstag und Freitag, 27./28./29. Dezember, wäre zu arbeiten. Die Zentral- und Bezirksverwaltung des Kantons schliesst aber vom 23. Dezember bis zum 2. Januar. Dies führt bei den Angestellten zu einer Minuszeit von 25:12 Stunden für die drei Arbeitstage. Der VPOD hat gefordert, dass den Angestellten diese drei Tage als Freitage geschenkt werden – auch weil das kantonale Personal (im Gegensatz zu fast allen anderen Angestellten) immer noch nur vier Wochen Ferien pro Jahr hat.

Der Regierungsrat teilt nun mit: «Als Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird

für den Jahreswechsel 2017/18 teilweise auf die Kompensation der ausfallenden Arbeitszeit verzichtet. Der Kompensationsverzicht beläuft sich auf zwei Arbeitstage bzw. auf 16:48 Stunden (bei einem Beschäftigungsgrad von 100%).» Mit anderen Worten: Ein Arbeitstag bzw. 8:24 Stunden müssen kompensiert werden! Die Regierung behauptet, mit dem vorliegenden Beschluss werde «den Anliegen der Personalverbände teilweise Rechnung getragen» und hält fest: «Es besteht aber kein Spielraum für eine längerdauernde Schliessung der Verwaltung bzw. einen dritten bezahlten Urlaubstag.»

Einmal mehr knausert der Kanton also bei den Angestellten – obwohl auch letztes Jahr der Finanzabschluss viel besser ausgefallen ist als budgetiert. Aber offensichtlich fehlt der Wille, davon etwas dem Personal weiterzugeben.

Roland Brunner

## Schlappe für Regierungsrat Heiniger

Die Analysen und Kommentare zum Ausgang der Abstimmungen über die geplante Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur KSW und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland ipw sind einstimmig: Schluss mit den Privatisierungen.

Vor allem in der direkt betroffenen Region Winterthur, wo das KSW nicht nur die medizinische Grundversorgung sicherstellt, sondern es auch der grösste Arbeitgeber ist, war der Widerstand gegen die Privatisierungsvorhaben enorm. In der Stadt Winterthur stimmten unterirdische 26 Prozent für eine Privatisierung des KSW und erteilten Regierungsrat Heiniger und Spitaldirektor Zehnder damit eine regelrechte Ohrfeige. Im Stadtteil Veltheim fiel der Ja-Stimmen-Anteil auf unter 22 Prozent und auch im ganzen Bezirk Winterthur waren es weniger als 29 Prozent, die Privatisierungsturbo Heiniger folgen wollten. Selbst SVP-Hochburgen sagten deutlich Nein. Aber auch in der Stadt Zürich sind es nur 44 Prozent, die Heinigers Privatisierungswahn gutheissen.

### «Eine herbe Schlappe»

Das Schweizer Radio und Fernsehen SRF hielt bereits am Sonntag fest: «Das Ergebnis ist eine grosse Niederlage für den FDP-Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger.» Und der Winterthurer «Landbote» titelte am Montag: «Winterthur und Weinland verteidigen ihr Spital» und hielt auf der Titelseite fest: «Manche Politiker hatten zwar ein regional differenziertes Ergebnis erwartet, aber mit dieser Klarheit hatte niemand gerechnet.» Als «schwere Niederlage für den Gesundheitsdirektor» wird der Ausgang der Abstimmungen auch hier gewertet. Der «Landbote» kommentiert denn auch: «Die Mehrheit lehnte ebenso ab wie die Region Winterthur. Das zeigt, dass die Skepsis gegenüber Privatisierungswünschen im Spitalbereich verbreitet ist.» Und Redaktor Thomas Schraner hält fest: «Das Nein ist zudem eine herbe Schlappe für Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) und dessen Spitalpolitik. Die Mehrheit will nicht, dass sich der Kanton als Spitalbetreiber zurückzieht, wie es Heiniger vorschwebte. Das «System Heiniger» in Reinkultur ist damit vom Tisch.»

Im «Tages-Anzeiger» kommentiert Susanne Anderegg die Niederlage von Regierungsrat Thomas Heiniger: «Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine hochstehende Gesundheitsversorgung, die allen jederzeit zur Verfügung steht. Dafür zahlen sie Steuern und jährlich steigende Krankenkassenprämien. Abstriche akzeptieren sie nicht. Und sie wollen die Sicherheit, dass es auch in Zukunft so bleibt.» Und sie schlussfolgert: «Heiniger hatte im Vorfeld der Abstimmung mehrmals gesagt, dass ein Verkauf der beiden Winterthurer Kantonsbetriebe – an wen auch immer – sein Ziel sei. Deshalb hat er auch die Aktiengesellschaft als Rechtsform gewählt. Die Winterthurerinnen und Winterthurer haben das verhindert. Für viele überraschend, haben sie sich mit ihrem klaren Votum im bürgerlichen Kanton Zürich durchgesetzt. Heiniger hatte nicht damit gerechnet, das gestand er gestern ein.»

### «Ein klares Signal gegen einen Verkauf und eine Privatisierung»

Zur überdeutlichen Ablehnung der Privatisierung in der Region Winterthur zitiert der «Tages-Anzeiger» Thomas Vogel, Kantonsrat und FDP-Fraktionspräsident: «Dass jene, die betroffen sind, Nein sagen, ist nie optimal.» Auch er meint: Das heutige Resultat sei ein klares Signal gegen einen Verkauf und eine Privatisierung. Und selbst die «NZZ» kommt zum Schluss: «Das Ergebnis ist auch ein deutliches Votum gegen einen allfälligen Verkauf von KSW und IPW.» NZZ-Redaktor Jan Hudec kommentiert deshalb: «Rückblickend war es ein Fehler der Befürworter, dass sie die Möglichkeit des Aktienverkaufs in die Vorlage integrierten. (...) Der Verkauf wird dabei kein Thema mehr sein.» Für den VPOD geht es nun darum, diese klare Aussage der Bevölkerung in Politik umzusetzen und sicherzustellen, dass Regierungsrat Heiniger, Spitaldirektor Zehnder und Konsorten die Lektion lernen. Eigentlich müssten Heiniger und Zehnder ja den Hut nehmen angesichts dieser Resultate und Leuten Platz machen, die Politik im Interesse der Bevölkerung machen. Und auch im Kantonsrat muss die Botschaft ankommen: Unsere Gesundheit steht nicht zum Verkauf!

Zum Schluss noch ein Blick über den Kanton hinaus: Auch im Kanton Aargau wurde über eine Rechtsformänderung abgestimmt. In Aarau wollte der Stadtrat Alters- und Pflegeheime in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft umwandeln. Die Stimmbevölkerung hat die Vorlage jedoch abgelehnt. Die Heime bleiben ganz in den Händen der Stadt.

Roland Brunner

### Revision der Ausführungsbestimmungen

## Samstags arbeiten?

Im Zuge der Revision der Ausführungsbestimmungen haben viele Dienstabteilungen der Stadt Zürich ihre Spielregeln zur Festlegung der Arbeitszeit verändert. Nun stellt sich immer wieder die Frage: Kann eine Dienstabteilung in ihrem Reglement den Samstag zum Arbeitstag erklären?

Die Geschäftszeit erstreckt sich von Montag bis Freitag von 6 bis 20 Uhr. Samstag und Sonntag sind für Mitarbeitende in flexiblen wie in fixen Arbeitszeitmodellen in der Regel arbeitsfrei (Art. 170 ff. AB PR). Noch im ersten Entwurf hatte der Stadtrat vorgeschlagen, die 5-Tage-Woche auf den Samstag auszuweiten – die Personalverbände hatten sich dagegen gewehrt. Ausgenommen sind natürlich zahlreiche Betriebe, welche ihre Leistungen rund um die Uhr leisten – auch an Wochenenden und Feiertagen – und Samstage und Sonntage reguläre Arbeitstage sind. Die übrigen Betriebe müssen zuerst darlegen können, dass betriebliche Bedingungen die Arbeit am Samstag erfordern. Die Dienstchefinnen und Dienstchefs können im Einvernehmen mit Human Resources Management und nach Information und Anhörung des Personals Abweichungen beschliessen. Einwände des Personals müssen in die Beurteilung mit einbezogen werden.

Selbstverständlich können auf freiwilliger Basis Unternehmen und Mitarbeitende miteinander vereinbaren, an gewissen Samstagen zu arbeiten.

Duri Beer

### Verbandskonferenz Wartung und Reinigung

## Noch ein Formular!

Neben dem Thema Auslagerungen stand die zunehmende Bürokratisierung des Hauswarterberufs im Zentrum der 15. Verbandskonferenz der Verbandskommission Wartung & Reinigung des VPOD. Es zeigte sich, dass auch über Formulare emotional diskutiert werden kann.

Die zunehmende Bürokratisierung des Hauswarterberufs gab Anlass zu Diskussionen – sachlichen und emotionalen. Die Bündner Psychologin Sina Bardill leitete in die Thematik ein. Was die einen als Garant für Qualität verstehen, erschwert anderen zunehmend die Arbeit. Bürokratie, Managementokratie und Überregulierung waren wichtige Stichworte. In der Tat: Die Arbeit der HauswartInnen hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Wo früher einfach eine Schraube ersetzt wurde, muss heute zuerst ein Formular ausgefüllt werden. Stunden werden akribisch erfasst, Schulhaus-Klos nicht einfach nur gereinigt, sondern die erfolgte Reinigung auch stündlich auf einem Formular festgehalten, zu Qualitätszwecken und sichtbar für die Besuchenden. Über Sinn und Unsinn solcher Formularitis, beispielsweise in Kindergärten, wo die Klo-Besuchenden des Lesens und Schreibens kaum mächtig sind, liesse sich lange diskutieren. Dass manch ein Votum auch emotionaler Natur war, zeigt auch, dass viel Herzblut in der Arbeit der HauswartInnen steckt. Die Forderungen aus den Debatten waren deutlich: Um exzellent zu arbeiten, braucht die Hauswirtschaft seitens der Arbeitgeber Vertrauen, Autonomie und Augenmass in der geforderten Administration. Im Rahmen der Verbandskonferenz wurde auch der langjährige Kommissionspräsident Jakob Hauri verabschiedet. Köbi, auch aus deiner Region Zürich ein grosses Dankeschön für deine Arbeit.

Natascha Wey/Martina Flühmann

